

Schriftliche Frage Nr. 274 vom 28. Juli 2022 von Frau Stiel an Herrn Ministerpräsidenten Paasch zur FORSA-Studie zur Corona-Krise¹

Frage

Am 21. Juli 2022 startete FORSA, im Auftrag der Regierung, in Ostbelgien eine Umfrage zur Corona-Krise.²

Durch die Studie soll ein Meinungs- und Stimmungsbild der ostbelgischen Bevölkerung zum Thema Corona erstellt werden, welches durch die Befragung von 1000 Ostbelgiern realisiert werden soll.

Die Bevölkerung hatte mehrmals die Möglichkeit, persönliche Sorgen und Zukunftsaussichten mitzuteilen, aber auch die Arbeit der Politik während der Krise zu beurteilen. Außerdem wurden die Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen und die Maßnahmen, um das COVID-19-Virus zu bekämpfen, bewertet. Die Meinungen und Einstellungen zur Corona-Impfung der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden ebenfalls erfasst.

Wir sind der Meinung, dass Umfragen immer nur eine Momentaufnahme sind und aus der zusammenfassenden Analyse der Umfrage auf ostbelgienlive.be schwankende Resultate hervorgehen.

Was uns aber mehr beschäftigt ist die Repräsentativität der verschiedenen Umfragen, die nahezu nur auf Festnetzanschlüsse setzt.

Des Weiteren sind wir der Meinung, dass man sich die Frage stellen muss, was früher mal als „repräsentative“ Umfragen benannt wurden, heute noch wert sind und wie zuverlässig sie sind?

So gab es am 10.6.2020 einen interessanten Artikel auf [ostbelgiendirekt](https://ostbelgiendirekt.be)³, der die klassische Meinungsumfrage per Telefon in Frage stellte. Zum einen, weil immer mehr Bürger auf einen Festnetz-Anschluss verzichten und die Meinungsforscher dadurch auch immer weniger Menschen erreichen, die auf ein repräsentatives Meinungsbild schließen lassen.

Ich zitiere:

„Das größte Problem bei den Umfragen, die per Telefon gemacht werden, ist somit, dass man ganze Bevölkerungsschichten, insbesondere Jugendliche, auf diese Weise nicht mehr erreicht. Junge Leute haben in der Regel keinen Festnetz-Anschluss. Falls sie nicht gerade zufällig zu Hause sind, wenn ein Meinungsforscher im Auftrag eines Instituts für Demoskopie anruft, bleiben sie außen vor.“

Interessant auch, die Aussage, von Elisabeth Noelle-Neumann, die 2010 verstorbene Grande Dame der Demoskopie in Deutschland und Gründerin des Allensbach-Instituts, die vor vielen Jahren zum Thema Meinungsforschung sagte:

„In vielerlei Hinsicht war die Qualität der Demoskopie 1947 besser als jetzt. Erstens werden Umfragen heute statt nachhaltig zu oberflächlich und billig produziert, weil die Auftraggeber den Unterhaltungswert erkannt haben und die Umfrageunternehmen gewinnorientiert statt fundiert arbeiten. Weder bei Emnid noch bei Forsa gibt es einen Mitarbeiter, der einen Vortrag an der Universität halten könnte. Und zweitens macht sich in der Demoskopie immer mehr eine politische Orientierung bemerkbar – deshalb weichen die Ergebnisse der Wahlprognosen immer häufiger so grotesk voneinander ab.“

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

² FORSA befragt Ostbelgier zur Corona-Krise.pdf https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-71/211_read-67326/.

³ <https://ostbelgiendirekt.be/meinungsforschung-in-der-krise-2-252031>.

Laut ostbelgiendirekt sind es vor allem die vielen suggestiven Fragen, die Meinungsforschungsinstitute nicht selten ins Zwielficht bringen und immer wieder den Verdacht aufkommen lassen, dass sie allein schon aufgrund der Fragestellungen nichts unversucht lassen, damit die Ergebnisse letztlich auch im Sinne des Auftraggebers – im vorliegenden Fall BRF und DG – ausfallen.

Wir sind außerdem der Meinung, dass insbesondere in der heutigen, schwierigen wirtschaftlichen Situation, das Steuergeld des Bürgers in wichtigere Dinge investiert werden sollte. Telefonische Meinungsumfragen, die aus genannten Gründen nicht repräsentativ sind, zählen jedenfalls nicht dazu.

Daher lauten unsere Fragen wie folgt:

1. Es gibt zahlreiche Menschen in der DG, die weder über einen Festnetzanschluss, noch über eine in einem Telefonregister einsehbare Telefonnummer verfügen.
Warum berücksichtigt die Studie lediglich Personen mit Telefonanschluss?
2. Wurde eine zusätzliche Teilnahme per Internet in Erwägung gezogen?
Wenn ja, warum wurde diese nicht realisiert? Wenn nein, warum wurde diese Erwägung nicht in Betracht gezogen?
3. Wären Online-Befragungen im Internet nicht deutlich kostengünstiger gewesen um einen Trend in der öffentlichen Meinung zu erkunden?
4. Welche Kosten entstehen durch diese Umfrage?
5. Welche Kosten entstanden durch die 5 vorherigen Umfragen?
Ich bitte um detaillierte Angaben.
6. Hatten die Ergebnisse der bisher durchgeführten Studien eine veränderte Vorgehensweise der Regierung zur Folge? Bitte erläutern sie ausführlich.

Antwort, eingegangen am 2. September 2022

1. Es gibt zahlreiche Menschen in der DG, die weder über einen Festnetzanschluss noch über eine in einem Telefonregister einsehbare Telefonnummer verfügen. Warum berücksichtigt die Studie lediglich Personen mit Telefonanschluss?

Eine telefonische Befragung und die CATI-Technologie von forsa führen zur bestmöglichen Datenqualität.

So lassen sich mit der computergesteuerten Organisation der Umfrage die Befragten leichter und schneller erreichen (durch die Möglichkeit mehrfacher Anrufe und Terminabsprachen), und die Realisierung des Stichprobenplans lässt sich während der Datenerhebung laufend kontrollieren. Interviewfehler werden minimiert durch den computergesteuerten Ablauf der Interviews und durch den Kontakt zwischen Interviewern und den Supervisoren im Telefonstudio, der Rückfragen und Ratschläge während der laufenden Umfrage ermöglicht.

Die Auswahl der Befragten erfolgt anhand eines systematischen Zufallsverfahrens unter Telefonnummern auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, das sicherstellt, dass jede Person mit Telefonanschluss im Haushalt die gleiche statistische Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen und die Ausgewählten ein repräsentatives Abbild der Bevölkerung in der Gemeinschaft darstellen.

Bei dieser Vorgehensweise werden nach wie vor auch jüngere Bevölkerungsgruppen in ausreichendem Maße erreicht, u. a. weil auch Jüngere noch über Festnetzanschlüsse verfügen, teilweise noch bei ihren Eltern (mit Festnetzanschlüssen) wohnen oder aber, weil sie über virtuelle Festnetznummern auch auf einem Mobiltelefon erreichbar sind.

Dazu benutzt forsa nicht nur eingetragene Telefonnummern, sondern greift auch auf zufällig generierte Telefonnummern zurück. So werden auch Personen erreicht, die bspw. nicht im Telefonbuch oder anderen Verzeichnissen stehen.

2. Wurde eine zusätzliche Teilnahme per Internet in Erwägung gezogen? Wenn ja, warum wurde diese nicht realisiert? Wenn nein, warum wurde diese Erwägung nicht in Betracht gezogen?

Bei einer Online-Umfrage bleibt unklar, wie die Befragten überhaupt erreicht werden sollen. forsa liegen nämlich keine E-Mail-Adressen vor. Und die Programmierung einer Online-Befragung mit einem generalisierten Link würde dazu führen, dass jede Person mit Internetanschluss auf der Welt an der Befragung teilnehmen könnte. Gleichzeitig wäre bei dieser Option für forsa nicht überprüfbar, wer genau an der Befragung teilnimmt. Die Stichprobe kann nicht angesteuert werden.

Diese zentralen Nachteile treffen natürlich auch auf eine zusätzliche Teilnahme parallel zu einer telefonischen Befragung zu.

3. Wären Online-Befragungen im Internet nicht deutlich kostengünstiger gewesen, um einen Trend in der öffentlichen Meinung zu erkunden?

Siehe Antwort auf Frage 2.

Unter allen möglichen methodischen Vorgehensweisen ist die telefonische Befragung bei Abwägung aller Kosten/Nachteile und den Vorteilen für Ergebnisqualität, Stichprobengüte sowie Praktikabilität und Umsetzbarkeit für Fragestellungen wie in dieser aktuellen Studie nach wie vor die, die am ehesten empfohlen werden kann.

Telefonische Erhebungen sind weiterhin repräsentativ, zumal forsa sicherstellt, dass Personen zufällig für eine Teilnahme ausgewählt werden. Eine Zufallsauswahl ist das Gütesiegel für eine repräsentative Befragung.

Darüber hinaus finden im Vorfeld der Befragung eine intensive Absprache, Abstimmung und Überprüfung des vorgelegten Fragebogen-Entwurfs statt. forsa hat keinerlei suggestive Fragen oder Formulierungen in den bisherigen Befragungen gestellt.

Nicht nur dieses Qualitätsmerkmal wird sichergestellt durch die hohe Qualifikation aller Projektbeteiligten bei forsa. Sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Projektleitung als auch in den Fachabteilungen haben hohe akademische Abschlüsse (u. a. Promotion) und eine exzellente Methodenausbildung in ihren sozialwissenschaftlichen bzw. psychologischen Studienabschlüssen erhalten. Und haben – nebenbei bemerkt – auf zahlreichen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Konferenzen Vorträge gehalten und präsentieren auf zahlreichen Veranstaltungen regelmäßig die Arbeit von forsa.

Die jetzt an die Regierung gestellten Fragen wurden im Übrigen bereits vor einigen Jahren wortgleich an den BRF herangetragen, für den forsa seit mehr als einem Vierteljahrhundert regelmäßig repräsentative Untersuchungen zum Nutzungsverhalten und zu den Wünschen der Nutzer durchführt. forsa-Gründer Prof. Manfred Güllner hat seinerzeit im Rahmen einer Pressekonferenz des BRF ausführlich dazu und zu den völlig abwegigen Äußerungen von Elisabeth Noelle-Neumann Stellung genommen (entsprechende Berichterstattungen darüber müssten noch vorliegen).

4. Welche Kosten entstehen durch diese Umfrage?

5. Welche Kosten entstanden durch die 5 vorherigen Umfragen? Ich bitte um detaillierte Angaben.

Kosten der Befragungen (exkl. MwSt.):

Juli 2022: 19.500 Euro

Februar 2022: 18.800 Euro

Juni 2021: 18.800 Euro

März 2021: 19.400 Euro

November 2020: 18.800 Euro

Juni 2020: 20.500 Euro

6. Hatten die Ergebnisse der bisher durchgeführten Studien eine veränderte Vorgehensweise der Regierung zur Folge? Bitte erläutern sie ausführlich.

Die Corona-Krise hat öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, Vereinigungen und Bürger gleichermaßen vor große Herausforderungen gestellt. Strategien und Maßnahmen zur Abfederung der Krise sollten bestmöglich auf wissensbasierten Entscheidungen beruhen. Selbstverständlich müssen dabei die Auswirkungen von freiheitseinschränkenden Maßnahmen auf die Bevölkerung berücksichtigt werden. Für die Regierung der DG waren die Rückmeldungen aus der Bevölkerung stets sehr wichtig. Die Regierungsmitglieder haben in den beiden Jahren dieser Krise unzählige persönliche Gespräche mit Organisationen, Vereinigungen, Interessenverbänden und Einzelpersonen geführt, um die Meinung der Bevölkerung einzuholen. Die Repräsentativen forsa-Umfragen waren in diesem Zusammenhang überaus hilfreich. Sie haben die Positionen der DG im Konzertierungsausschuss zu einzelnen Maßnahmen immer wieder beeinflusst.